



Millionen von Familien brauchen Hilfe. Was können wir tun?

Nationale Initiative

„Flüchtlinge auf Rückkehr nach Afrika durch *Nation Building* vorbereiten: 14 Punkte für Soziale Einwanderungs-Politik und *Nation Building Center* für Flüchtlinge,,

Paul Dolan, Elke Hoppe Dolan
Economic Forum Deutschland gem. e.V.

Frankfurt/M. 20. August 2015: Während dieser Artikel geschrieben wird, ist es den Autoren bewusst, dass sich in diesem Augenblick Tausende – wahrscheinlich eher Zehntausende – von verzweifelten, hoffnungsvollen Menschen aus Afrika und den tosenden Wellen des kalten Mittelmeeres aussetzen, um nach Europa zu gelangen. Die

Gefahren, die diese Seereisen begleiten und die Tatsache, dass sich vor ihnen schon zahllose Seelen auf den Weg nach Europa machten und ertranken, sind ihnen bewusst. Kinder mit und ohne Eltern, alleinstehende schwangere Mütter, junge und alte Frauen und Männer sind dabei, dieses Wagnis einzugehen, dem ihre einzige Hoffnung entspringt. Sie trotzen allen Gefahren, um einen Zufluchtsort in Europa zu finden, weit weg von den Gräueltaten ihrer Heimat. Sie haben zu diesem Zeitpunkt schon eine lange Reise durch Afrika hinter sich.

Vertrieben durch Klimaveränderungen, religiöse Intoleranz, brutale Diktatoren und kriminelle Banden, Bürgerkriege oder nicht funktionierende Wirtschaften, Wassernot und karge Böden, entschieden sie sich, häufig heimlich, oft im Schutz der Dunkelheit, nach Europa aufzubrechen. Fast immer zu Fuß und per Anhalter, machen sie sich auf ihren Weg aus Mali, Chad, Niger, dem Sudan, Eritrea oder Somalia, von Dorf zu Dorf bis zum Mittelmeer, wo sie enorme Summen bezahlen, um einen Platz auf einem unsicherem, überfüllten Boot zu bekommen. Was sie in Europa erwartet, ist ihnen egal; alles ist besser als das, was sie hinter sich lassen möchten. Und Europa ist christlich und wohlhabend.

Der Flüchtlingsstrom aus Afrika ist nur eine Quelle der potenziellen Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchenden, die nach Europa kommen. Aus Syrien, Jemen, der Ukraine und jetzt auch Nepal, kommen Menschen, die Hilfe brauchen und die nach Europa einreisen möchten. Schätzungen zu Folge sind über 10 Millionen Afrikaner im Augenblick, bestrebt nach Europa zu kommen. Die Anzahl der Asylsuchenden in Deutschland ist um über 200% allein seit 2014 von 200 auf über 800 Tausend gestiegen (über 1% der deutschen Bevölkerung).

Das Christliche Europa hat ein Gewissen. Wir Europäer stehen vor gewaltigen Herausforderungen; diese Herausforderungen müssen systematisch und schnell analysiert und gemeinsam nachhaltig mit den anderen EU-Partnern gelöst werden.

Vladimir Putins Russland bedroht Europa mit seinen expansionistischen Plänen von einem Groß-Russland und seinem Militär. Die Annexion der Krim ist ein Beispiel dafür. Die Vernichtung von Lebensmitteln aus Europa, während Deutschland Flüchtlinge rettet, ist kennzeichnend.

Die EU muss wie in der Ukraine-Krise zusammen stehen, um die Bewältigung der Afrikanischen Herausforderungen annehmen zu können. Europa kann sich nicht von Menschen in Not abwenden. Wie Europa mit den Katastrophen des Mittleren Osten, Afrika und anderswo fertig wird, ist eine schwer zu beantwortende, politische Frage, die finanzielle und sozial-ökonomische Konsequenzen mit sich bringt.

Diese Herausforderungen und Chancen richtig einzuordnen, ist eine wichtige politische Aufgabe. Viele sehen nur die kurzfristige Rettungsaktion und haben übersehen oder nicht erkannt, dass eine große Chance für die Länder Europas darin besteht, Experten aus Industrie, Wissenschaft, Regierung und Universitäten zusammen zu bringen, um mit den Afrikanern gemeinsam die jeweiligen Länder als selbständige, autarke Länder zu entwickeln.

Es ist eine große Herausforderung für Europa, als EU zusammen zu stehen, um Afrika mit modernen ***Nation-Building Konzepten*** auf die Beine zu helfen. Für Europa könnte hier die größte Chance und die größte Herausforderung des Jahrhunderts bestehen.

Mögliche Lösungsansätze:

Als erstes einige der unsozialen Ansätze, die es zu vermeiden gilt:

Praxis der **unsozialen** Einwanderungspolitik

- Gemeinden/Kommunen ohne ihre Zustimmung und/oder ohne ausreichende finanzielle Mittel, Flüchtlinge zu zuteilen, ist für alle Beteiligten unsozial und unzumutbar.
- Es ist unzumutbar und unsozial, deutschen Bürgern gegenüber Flüchtlinge in den Gemeinschaften unterzubringen, die von der Anzahl einen hohen Prozentsatz zur vorhandenen Bevölkerung ausmachen.
- Es ist unsozial, Menschen in Not nicht zu helfen. **Wir sind aufgefordert Menschenleben zu retten.**
- Es ist unsozial, Italien und andere Mittelmeerländer mit dem Flüchtlingsproblem **nicht** zu unterstützen.

- Menschen aufzunehmen, ohne ihnen klar zu machen, was aus ihnen wird; welche Chancen und Verpflichtungen sie in ihrer Zukunft in Deutschland haben werden.
- Flüchtlinge in einer Wohnung in Deutschland unterzubringen, ihnen ein paar Hundert Euro monatlich für Unterstützung zu geben, damit sie einkaufen können und sie nach einigen Jahren der Integration und dem Erlernen der deutschen Sprache abzuschicken.
- Flüchtlinge in Regionen unterzubringen, in denen 50% der Bevölkerung schon vor ihrer Ankunft gegen sie sind.
- Flüchtlinge, ohne sie zu beschützen, Rechtsradikalen aussetzen.
- Es ist naiv zu glauben, dass junge Ausländer, die in Deutschland leben und wahrnehmen, wie gut Deutsche leben (Autos, Häuser, gut gekleidete, gesunde Menschen auf den Straßen, fortschrittliche Arbeitsplätze in modernen Gebäuden und so weiter), dass sie NICHT gewalttätig werden, wenn sie merken, dass sie nicht an unserer Gesellschaft teilnehmen dürfen, weil sie nicht voll integriert werden.
- Es ist nicht fair und es ist auch unmoralisch und unsozial, Menschen in Deutschland durch andere religiöse Auffassungen zu quälen und die Bevölkerung den daraus resultierenden Gefahren auszusetzen.
- Es ist unsozial, Menschen, nachdem sie sich integriert haben oder sogar ein Zuhause in Deutschland aufgebaut und Arbeit gefunden haben, abzuschicken.
- Es ist unmoralisch, irreführend, unfair und unsozial Flüchtlinge und Asylanten in Deutschland so viel Geld zu geben als ob sie in Deutschland geboren seien, hier zur Schule gingen, gearbeitet hätten und Steuer bezahlt hätten. Deutschland rettet Menschen vor dem Tode und bereitet sie auf ihre Rückkehr vor. Menschenrechte und Menschenwürde dürfen aber nicht verletzt werden. Zwar hat Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft innerhalb von 70 Jahren aufgebaut, aber Menschen die nicht dazu beigetragen haben, dürfen es nicht beanspruchen. Gleichbehandlung ist nicht Social.

- Es ist unsozial und nicht zulässig, Bevölkerung dem Gefahrenpotential Islamisten, die Flüchtlinge begleiten könnten und sich in Deutschland evtl. radikalisieren, auszusetzen.



14 Lösungsansätze in Verbindung mit deutschen Behörden wie z.B. der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der EU, die UN, UnESCO u.ä.

Nation Building:

Mit der Führung der Herkunftsländer der Flüchtlinge wird nach Möglichkeit zusammen gearbeitet, um die Verhältnisse, die zur Flucht aus dem Land führten, zu verbessern. Jedes Land hat ein andere Wirtschaftsstruktur oder –potential. Wir werden gemeinsam versuchen, mit Wissenschaftlern von heute, das Optimum zu finden.

1. Menschen, die als Flüchtlinge aus humanitären Gründen in Deutschland aufgenommen werden, müssen wissen, dass ihr Aufenthalt vorläufig für **24 Monate befristet** ist. **Ein schriftliches Einverständnis muss dies bestätigen.** Nach 24 Monate kann u.U. der Aufenthalt verlängert werden.
2. **Nation Building Center für Flüchtlinge** sollten geschaffen werden, die als geschützte und extra-territorialen Zonen ausgewiesen werden, um Flüchtlinge auf ihre Rückkehr nach Afrika **vorzubereiten.** Hier werden sie vorbereitet, in ihren

Heimatländern zurückzukehren, um dort z.B. die Landwirtschaft, das Bildungssystem, die Infrastruktur, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Energie und Verwaltungssystem auszubauen. **Nation Building** Teilnehmer könnten eine Verlängerung des Aufenthaltes auf vier Jahre erhalten.

3. Mütter, die in den **Nation Building Centern** wohnen und Kinder in Deutschland zur Welt bringen, erhalten per **Jus soli** keine deutsche Staatsangehörigkeit, sondern behalten **Jus sanguin** die Staatsangehörigkeit der Mutter oder Eltern.
4. Individuelle Konzepte, landesgerecht für die jeweiligen Länder und die dazu gehörigen Flüchtlingszentren, werden Vorteile der Geografie, der Ökologie und Ökonomie des Landes mit den Afrikanern im Zentrum entwickeln.

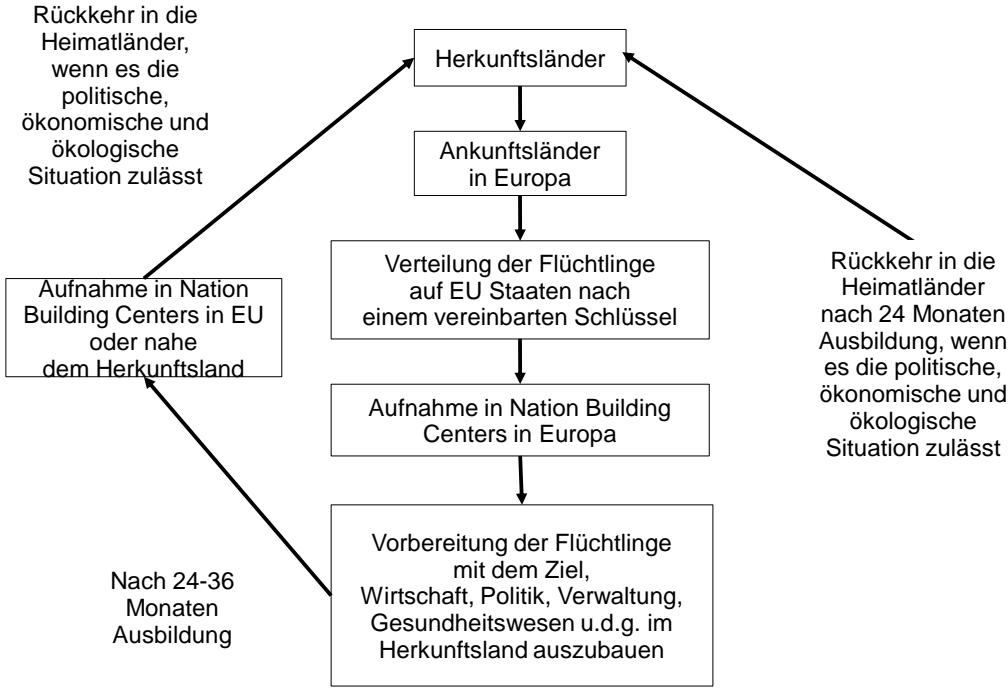
Deutsche und Europäische Experten aus Forschung, Universitäten, Industrie und Regierung werden mit den Afrikanern zusammen arbeiten und trainieren.

5. **Nation Building Center für Flüchtlinge** werden mit den Herkunftsorten der Menschen korrespondieren; d.h., Flüchtlinge aus z.B. Gao, Mali, werden in Mali-Flüchtlingszentren in Deutschland untergebracht.
6. In den **Nation Building Centern für Flüchtlinge** werden die Flüchtlinge in Deutschland zusammen leben, essen und arbeiten, um zu lernen, wie sie zusammen ihre Herkunftsländer erfolgreich ausbauen können. Deutsche und Europäische Experten, vertraut mit den Bedingungen und der Beschaffenheit der Herkunftsländer werden eingesetzt, um zu unterrichten.
7. Bewerbungsverfahren werden für Flüchtlinge angeboten, die in Deutschland die Sprache lernen und Arbeit suchen, um in Deutschland bzw. der EU zu bleiben.
8. Deutsche Unternehmer werden unterstützt, mit den **Nation Building Centern für Flüchtlinge** zusammen zu arbeiten. Dabei werden Investitionen der Unternehmen in den Herkunftsländern in unterschiedlichen Formen von der EU und Deutschland unterstützt.

9. Null Toleranz: Es werden weder Ehrenmorde noch andere Formen der Familienselbstjustiz, insbesondere gegen Frauen und Mädchen – weder aus religiösen, kulturellen oder traditionellen Gründen auf deutschem Boden toleriert. Zuwider Handlungen führen zur sofortigen Ausweisung.
10. Internationale Wirtschaftshilfe (gemäß z.B. GTZ) wird vermehrt an Länder vergeben, die **Nation Building Center für Flüchtlinge** unterhalten und gestoppt bei Ländern, die Flüchtlinge verursachen oder Flüchtlingszentren nicht unterstützen.
11. Ländern, wie **Kenia und Ägypten**, die **Nation Building Center für Flüchtlinge nach diesem Modell aufbauen**, um Menschen auf eine Rückkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten um sie produktiver zu machen, werden Deutschland und die EU finanzielle Unterstützung anbieten.
12. Asylsuchende werden in den **Nation Building Centern für Flüchtlinge** bis zur endgültigen Entscheidung ihres Antrages untergebracht.
13. **Arbeit und Kompensationen:** Die Menschen die in **Nation Building Centern** leben werden auch mit Arbeit, die für Städte und Gemeinden wichtig sind beschäftigt und dafür kompensiert. Dies stärkt auch ihr Selbstwertgefühl, während sie lernen und verbessert die Beziehungen zwischen Flüchtlinge und der Bevölkerung.
14. Ist die Rückkehr in dem eigenen Herkunftsland Land nicht möglich, werden die Flüchtlinge in anderen Ländern untergebracht, wo sie zur Stärkung der dortigen Wirtschaft beitragen können und ein neue Heimat finden werden.

Selbstverständlich

Solange sie in Deutschland leben, sind sie verpflichtet das Deutsche Grundgesetz und deutsche Gesetze zu respektieren.



ECONOMIC FORUM DEUTSCHLAND

Veranstaltung auch zu diesem Thema:

Die Zukunft unserer Städte und
Gemeinden liegt in Ihren Händen!

Frau Dr. h.c. Petra Roth,



22. September 2015
18:30 - 21:30 Uhr
Neue Stadthalle Langen,
Langen, Hessen



„Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden“

ist das Thema, mit dem sich das Economic Forum Deutschland gem. e. V. in einer **Debatte mit Spitzenkräften** aus Bund, Land und Kommunen beschäftigen wird.

Unsere Keynote Speaker ist Frau **Petra Roth**, ehem. Oberbürgermeisterin, Frankfurt/Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages. Der inspirierende Abend zu diesem brandaktuellen Thema findet am 22. September 2015, 18:30-21:00, in der Neue Stadthalle, Langen (Hessen).

Mehr darüber unter *Termine und Events* und Anmeldungen:

www.economic-forum-deutschland.de



Paul Dolan

Gründer und
Vorsitzender
des Vereins



Elke Hoppe Dolan

Mitgründerin, stv-
geschäftsf. Vor-
standsvorsitzende

Über das ECONOMIC FORUM DEUTSCHLAND

Das Economic Forum Deutschland gem. e.V. ist eine unabhängige, branchen- und parteiübergreifende Organisation, deren Zielsetzungen der Zukunft des Landes und der EU gewidmet sind. Seit 2002 entwickeln unsere Mitglieder und Förderer innovative Konzepte für eine wachsende Gesellschaft in einer globalisierten Welt. Unternehmer und Führungskräfte der Industrie, Dienstleistungs- und Finanzwelt, der Verwaltung, Wissenschaft und Politik sind eingeladen, mitzuwirken.

Der Verein hat vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit für die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens erhalten. Unsere Mitglieder und Förderer unterstützen Frieden, Freiheit, die soziale Marktwirtschaft, Bildung, Unternehmertum und internationale Zusammenarbeit. Die Nachhaltigkeit des Vereins wird durch Privat- und Firmenmitgliedschaften, Spender, Sponsoren, öffentliche Veranstaltungen und Projektfinanzierung gesichert.



www.economic-forum-deutschland.de